

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 28. Dezember 1932

Nummer 104

### Lohn und Ernährung

Die materielle Not der Arbeiterschaft wird immer drückender. Wenn sie bisher unerträglich auf den Arbeitslosen lastete und deren Lebensöffnungen täglich düsterer werden ließ, so greift sie jetzt mit dürrer Hungerarm auch in die Haushalte der Arbeitenden ein. Die Lohnminderungen der letzten Monate hatten schon umfangreiche Einschränkungen der Arbeiterhaushalte zur Folge. Die weiter folgende Einschränkung der Arbeitszeit wegen Arbeitsmangels der Betriebe brachte wiederum zahlreichen Arbeiterfamilien eine Verminderung ihres Einkommens. Und diese Lohnminderung soll nun nach dem Notprogramm der verflochtenen Regierung Papen für unübersehbare Zeit bestehen bleiben, denn die Begünstigung der Unternehmungen bei Einstellungen trotz verkürzter Arbeitszeit wird diese zu einer Dauererscheinung machen. Wenn dadurch recht viele Arbeitslose Beschäftigung erhalten könnten, wäre ihnen sicher wieder eine kleine Hoffnung auf Besserung ihrer Lebenshaltung gegeben. Aber für die Gesamtarbeiterschaft entsteht ein schlimmer Schaden, dessen Auswirkungen gar nicht anders sein können, als daß die Verminderung der Kaufkraft breiter Volksmassen wiederum zu einem Rückgang des gesamten Handels und damit der Arbeit aller bedarfszeugenden Berufe führt. Neben einer Verschuldung der Arbeiterschaft wird fortschreitende Verelendung durch mangelhafte Ernährung die Folge der jetzigen Lohnpolitik sowohl der Regierung als auch des Unternehmens sein. Einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, muß jetzt die Hauptaufgabe der Gewerkschaften werden. Wenn schon in großen und angesehenen Betrieben die Arbeiterschaft auf Hungerernte gesetzt wird, wie viel schlimmer können die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in mittleren und kleineren Betrieben auswirken, Entweder wirkt die Regierung auf eine Herabsetzung der Lebenshaltungskosten, also der Nahrungsmittel, Bekleidungsgegenstände und Mieten hin, oder sie sorgt dafür, daß den Arbeitern ein zur Fälligkeit des Lebens angemessener Lohn trotz Verkürzung der Arbeitszeit erhalten bleibt.

Wom „Nahrungsausfluß für hygienische Volksbelehrung“ wurde vor kurzem eine kleine Broschüre „Was koste ich morgen?“ herausgegeben, die Ratsschlage für eine „gesund-erhaltende, abwechslungsreiche und sparsame Ernährung“ enthält. Gegen die einzelnen Zusammenstellungen täglicher Speisepläne ist durchaus nichts einzuwenden. Dagegen sind die Aufrechnungen für die wünschenswerten Nahrungsmittelmengen deshalb sehr interessant, weil sie geradezu ein Warnungssignal für die gesamte Arbeiterschaft sind. Hieran wird jeder Arbeiter selbst feststellen können, daß seine Lebenshaltung zur Zeit erhebliche Mängel aufweist. Die Speisezettel sind für eine Familie von vier Köpfen (zwei Erwachsene, zwei schulpflichtige Kinder) berechnet. Wir wählen eine Aufstellung für Dezember. Die feststehenden Ausgaben bringen eine Aufrechnung der Nahrungsmittel für die Nebenmehlszeiten, während daneben für die täglichen Hauptmahlzeiten eine Nebenrechnung gegeben ist.

**Vorausgaben (wöchentlich feststehende Ausgaben):**

5 Brote . . . . .	2,35 M.	Übertrag 10,17 M.
28 Schrippen . . . . .	0,84 M.	Wurst und Käse
1 Pfund Mehl . . . . .	0,24 M.	(2. Frühstück) . . . . .
1 Pfund Butter . . . . .	1,60 M.	40 Pfund Kartoffeln 1,60 M.
1/2 Pfund Schmalz . . . . .	0,38 M.	1 Pfund Margarine 0,50 M.
1 Pfund Margarine 0,70 M.		100 g Bohnenkaffee 0,60 M.
1/4 Pfund Milchfett 0,67 M.		100 g Gemüß, Zwiebeln,
2 Pfund Zucker . . . . .	0,76 M.	Essig, Salz und
8 1/2 Liter Milch . . . . .	2,63 M.	dergleichen . . . . .
	10,17 M.	14,82 M.

**Gesamtausgaben (Vorausgaben und tägliche Ausgaben):**

Tägliche Ausgaben	Übertrag 6,09 M.
Sonntag . . . . .	2,52 M.
Montag . . . . .	0,98 M.
Dienstag . . . . .	1,49 M.
Mittwoch . . . . .	1,10 M.
	6,09 M.
	14,82 M.
	24,48 M.

In den Vorbemerkungen heißt es auch noch, daß in allgemeinen heute die Hausfrau mit durchschnittlich 10 Proc. weniger Gesamtausgaben pro Woche auskommen kann. Ohne kritisch zu dieser Feststellung eine Auswertung zu tun, wollen wir auch noch diesen Betrag zurückrechnen und lämen demnach zu einer Wochenauswendung von ungefähr 22 M. für Lebensmittel. Wie nun demgegenüber die Ein-

kommensverhältnisse der Arbeiterschaft aussehen, dafür einige Beispiele. Ein Buchdrucker, der drei schulpflichtige Kinder hat, bezieht bei 40stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 49,25 M. Davon gehen ab:

Einkommensteuer*	
Krankenkasse	1,47 M.
Arbeitslosenversicherung	1,59 M.
Invalidenversicherung	1,— M.
Bürgersteuer	0,28 M.
Arbeitsloshilfe	1,23 M.
<b>Zusammen</b>	<b>5,57 M.</b>

Ferner muß er mit folgenden feststehenden Ausgaben pro Woche rechnen:

Miete	11,— M.
Elektrisches Licht	1,— M.
Gas	1,— M.
Heizung	2,50 M.
Fahrtgeld	1,80 M.
Besondere Versicherungen	2,25 M.
Verbandsbeitrag	3,70 M.
<b>Zusammen</b>	<b>23,25 M.</b>

Zu diesen Positionen sind ebenfalls einige Erläuterungen notwendig. Der Mietzins ist berechnet für eine Berliner Altbauwohnung in einem Vorderhaus. Eine solche Wohnung gilt als eine günstige und preiswerte Wohngelegenheit und ist heute sehr begehrt. Ein Wechsel solcher Wohnung mit einer kleineren, eventuell billigeren Wohnung ist schwer durchzuführen, da solche Wohnungen nur in geringer Zahl neu errichtet werden. Sie würden als Neubauwohnungen auch nicht billiger sein. Der Betrag für Heizung enthält gleichzeitig die Ausgaben für das zu Kochzwecken verwendete Feuerungsmaterial. Das Fahrtgeld ist berechnet nach dem Vergütungspreis für den Berliner Sammelfahrer, der die Einzelahrt auf 18 Pf. ermäßigt. Die Summe für besondere Versicherungen enthält Leibrenten für Feuer-, Diebstahl-, Lebens- und Invalidenversicherung der Familienmitglieder und stellt eine Mindestversicherung gegen Schicksalsfälle dar, die sonst zur absoluten Vernichtung eines einfachen Arbeiterhaushalts führen müßten. Eine besondere Beachtung erfährt vielleicht in der vorstehenden Aufrechnung noch der Verbandsbeitrag. Aber gerade unsern Gegnern auch im Unternehmenslager müssen wir bei dieser Gelegenheit sagen, daß dieses große Opfer dazu beiträgt, maßloses Elend zu verhindern.

Rechnen wir nun die in der ersten Aufrechnung gezeigten Ausgaben im Betrag von 5,57 M. und die feststehenden Haushaltsausgaben im Betrage von 23,25 M. von der Lohnsumme für 40 Arbeitsstunden im Betrage von 49,25 M. ab, so verbleibt ein Restbetrag von 20,43 M.

Nun gibt der vorerwähnte Musterpeisepfennig für eine vierköpfige Familie einen Gesamtaufwand für Ernährungs zwecke von 24,48 M. an. Die im ersten Lohnbeispiel verbleibende Restsumme gestattet aber der fünfköpfigen Familie nur noch 20,43 M. Aufwendungen für Ernährungszwecke. Gegenwärtige Ausgaben für Bekleidung oder für Lehrmittel, die ja schulpflichtige Kinder unbedingt gebrauchen, können gar nicht in die Rechnung einbezogen werden, da tatsächlich alles für den Ernährungsbedarf aufgeht. Für die Beurteilung des Rechnungsergebnisses ist es aber wichtig zu beachten, daß dem angeführten Kurzarbeiterlohn von 49,25 M. ein Vollwochenlohn von 59,10 M. zugrunde liegt, also ein Lohn, der eine Über tarifentlohnung von 11,10 M. über das Berliner Minimum der Lohnklasse C enthält. Es handelt sich also um eine günstige Lohnposition, die in sehr vielen Fällen nicht einmal erreicht wird. Nehmen wir an, daß eine dreiköpfige Berliner Buchdruckerfamilie bei einer Minimumentlohnung von 48 M. (Lohnklasse C) ihren Nahrungs- und Lebensbedarfsartikelanteil von diesem Lohn zu errechnen hätte, so ergibt sich folgendes Bild:

Einkommensteuer	1,40 M.
Krankenkasse	1,47 M.
Arbeitslosenversicherung	1,59 M.
Invalidenversicherung	1,— M.
Arbeitsloshilfe	1,23 M.
Bürgersteuer	0,56 M.
<b>Zusammen</b>	<b>7,25 M.</b>

\* Einkommensteuer fällt des Familienstandes wegen bei dieser Lohnhöhe fort.

Nehmen wir weiter an, daß nach dem Kaufschlaf für eine vierköpfige Familie, wie er in der Broschüre des „Volksausflusses für hygienische Volksbelehrung“ mit 24,48 M. berechnet wird, die Berechnung für eine dreiköpfige Familie 18,36 M. betragen würde und daß weiter anteilmäßig auf den Kopf der Familie berechnet für Miete, Licht, Gas, Heizung, Fahrtgeld, Versicherungen bei den Familienmitgliedern 12,45 M. zu rechnen wären, so ergibt sich folgendes Resultat:

Feste Ausgaben im Betrieb	7,25 M.
Miete usw.	12,45 M.
Ernährung	18,36 M.
Verband	3,70 M.
<b>Zusammen</b>	<b>41,76 M.</b>

Es verbleiben somit dem Vollarbeiter bei einer Entlohnung von 48 M. noch 6,24 M., von denen er für sich und seine Familie Bekleidung und Ergänzung seiner hauswirtschaftlichen Gebrauchsartikel bekriegen soll. Bei dieser Aufrechnung muß aber bemerkt werden, daß die Umrechnung der Ausgaben für Miete usw. nach unserem ersten Beispiel für eine dreiköpfige Familie sowohl im Durchschnitt den Betrag von 12,45 M. ergibt, daß bei den sehr schwierigen Wohnungsverhältnissen dieser Betrag aber für eine dreiköpfige Familie als sehr mäßig berechnet angesehen werden muß. Trifft einen so entlohnten Gehilfen Kurzarbeit, muß in größtem Ausmaß der Lohnausfall durch geringere Ernährung ausgeglichen werden.

Den vorerwähnten Beispielen für Gehilfen lassen wir nun ein Beispiel für einen Arbeiter folgen. Derselbe ist verheiratet und hat ein schulpflichtiges Kind. Bei Kurzarbeit von 40 Stunden bezieht er einen Wochenlohn von 39,30 M. Diesem Lohn liegt ebenfalls eine Über tarifentlohnung von 6,15 M. zugrunde. Folgende Abzüge gehen ab:

Einkommensteuer	0,75 M.
Krankenkasse	1,20 M.
Arbeitslosenversicherung	1,30 M.
Invalidenversicherung	1,— M.
Bürgersteuer	0,56 M.
Arbeitsloshilfe	1,— M.
<b>Zusammen</b>	<b>5,81 M.</b>

Für feststehende Ausgaben sind zu berechnen:

Miete	8,— M.
Elektrisches Licht	0,75 M.
Gas	0,75 M.
Heizung	2,— M.
Fahrtgeld	1,80 M.
Besondere Versicherungen	1,75 M.
Verbandsbeitrag	1,45 M.
<b>Zusammen</b>	<b>16,50 M.</b>

Rechnen wir nun die festen Abzüge im Betrag von 5,81 M. und die laufenden Ausgaben für Miete usw. im Betrage von 16,50 M. zusammen, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 22,31 M. Für die Ernährung bleibt nur noch ein Betrag von 16,99 M. übrig, während der nach der vorstehend zitierten Broschüre errechnete Bedarf für eine dreiköpfige Familie mit 18,36 M. einzufügen wäre. Hier fehlen zur Ernährung allein schon 1,37 M. Für Bekleidung und sonstigen Hausbedarf oder Lehrmittelbedarf bleibt überhaupt nichts übrig.

Wir wollen nun noch das Beispiel einer ledigen Arbeiterin bringen, die mit ihrer alten arbeitsunfähigen Mutter einen Hausstand führt. Die Arbeiterin erhält bei Kurzarbeit von 40 Stunden einen Wochenlohn von 27,20 M. Auch dieser Lohn übersteigt den Tariflohn um 4,26 M. Folgende Ausgaben werden abgezogen:

Einkommensteuer	0,30 M.
Krankenkasse	0,80 M.
Arbeitslosenversicherung	0,86 M.
Invalidenversicherung	0,75 M.
Bürgersteuer	0,56 M.
Arbeitsloshilfe	0,40 M.
<b>Zusammen</b>	<b>3,67 M.</b>

Für feststehende Ausgaben sind zu berechnen:

Miete	8,— M.
Elektrisches Licht	0,80 M.
Heizung	1,50 M.
Besondere Versicherungen	1,50 M.
Fahrtgeld	2,50 M.
Verbandsbeitrag	1,20 M.
<b>Zusammen</b>	<b>15,50 M.</b>

Rechnen wir die vorstehenden Ausgabeposten zusammen, so ergibt sich eine Summe von 19,17 M. Somit verbleibt von der ausgezahlten Lohnsumme von 27,20 M. ein Betrag von 8,03 M. für die Befolgung übrig. Die Durchschnitts-Echardssumme für zwei Personen beträgt aber nach der vorerwähnten Broschüre 12,24 M. Auch in diesem Fall bleibt für Bekleidung und häusliche Bedarfsartikel nichts übrig.

Die hier aufgeführten Beispiele sind den Lohnkürzungen eines angesehenen Berliner Großbetriebs entnommen. Sie enthalten keine Übertreibungen und halten sich bei der Berechnung der wöchentlichen fiktiven Ausgaben streng an die Bedarfssummen der erwähnten Haushalte. Auch soll dieser Aufsatz durchaus nicht als Polemik gegen die vierzigstündige Woche aufgefaßt werden. Im Gegenteil stehen wir auf dem Standpunkt, daß gegenüber den technischen Fortschritten die menschliche Gesellschaft verpflichtet ist, die Arbeit wieder auf mehr Menschen zu verteilen durch kürzere Arbeitszeit. Aber es ist gleichzeitig die Pflicht der menschlichen Gesellschaft, für die geleistete Arbeit einen Lohn festzusetzen, der eine genügende Ernährung, ausreichende Wohngelegenheit und notwendige Bekleidung jeder Familie gestattet. Wir haben auf weitere Beispiele von ledigen und jugendlichen Arbeitskräften verzichtet, wollen aber feststellen, daß es geradezu erschütternd ist, wieviele junge Menschen von ihrem fargen Lohn heute arbeitslose Familienmitglieder mit unterhalten müssen. Es gibt sicher auch noch schlechtere Lohnverhältnisse, als die in den Beispielen aufgeführt, aber jeder nachdenkliche Mensch wird schon hieran erkennen, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft eine katastrophale Verschlechterung erfahren muß, wenn nicht Lohnhöhe und Preisbildung einen gewissen Einklang zueinander haben. Eine Regierung, die hier nicht Wandel schafft, wird den Niedergang der Volksgesundheit und des Wohlvermögens nur beschleunigen. Wenn früher bei Arbeitslosigkeit des Mannes die Frau als verdienende Arbeitskraft eingreifen wollte, konnte sie damit rechnen, eine ihr gelegene Beschäftigung zu finden. Heute ist dies nahezu ausgeschlossen. Die nun schon lange währende Arbeitslosigkeit einzelner Familienmitglieder hat in vielen Familien die kleinen Vorklagen aus günstigeren Zeiten völlig aufgehört. Schon melden sich ernste, mahnende Stimmen von Ärzten und Schulmännern, die auf die mangelhafte Ernährung und Kleidung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen hinweisen, und schwere Folgen für die Zukunft voraussehen. Den ersten Tatsachen gegenüber ist es wirklich an der Zeit, daß Vernunft und fester Wille zur Besserung der gegenwärtigen schlimmen Zustände sich vereinen. Es gibt nur einen Weg: Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend dem Stand der Technik und einen Lohn, der es dem Arbeiter gestattet, Ernährung, Kleidung und Wohnung damit zu bestreiten. Heute ist auf dieser Forderung nicht nur die Arbeiterschaft interessiert. Auch die Arbeitgeber, besonders ihre wirtschaftlich "Bekümmerten" sowie die großen "betriebsfremden" Geschäftsinhaber und Gewerbetreibenden leiden unter den Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit. Wenn die Verkürzung der Arbeitszeit einen Erfolg haben soll, dürfen die Beamten und Angestellten davon nicht ausgenommen werden. Da nun auch das Internationale Arbeitsamt sämtlichen Regierungen zu dem am 10. Januar 1933 beginnenden Sonderkongress für die Regelung der Arbeitszeit einen besonderen Bericht über das Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit übermittelt hat, darf man ja wohl erwarten, daß namentlich die Gesamtfrage in ein entscheidendes Stadium tritt. Darum ist es auch jetzt an der Zeit, das Gewissen aller aufrechten Volksgenossen wachzurufen und auf die Gefahren hinzuweisen, die der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft drohen, wenn nicht eine entschlossene Angleichung aller Preise an den verringerten Lohn erfolgt.

Berlin.

Artur Pogold.

### Lohnsteuerfragen

Mit dem 1. Januar beginnt für die Lohnsteuerpflichtigen ein neuer Steuerabschnitt. Es erhebt sich die Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, um die Steuerlast zu ermäßigen. Nach dem Gesetz sollen solche Bezüge unsteuerbar bleiben, die nicht als Einkommen gelten können (Aufwandsentschädigungen). Außerdem bleibt von dem Gesamteinkommen ein Teil als Existenzminimum steuerfrei. Schließlich sollen die Teile des Gesamteinkommens geschont werden, die der Steuerpflichtige entweder zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung seiner Einkünfte ausgeben muß (Werbungskosten) oder die zu seinen Sonderleistungen gehören, dem Steuerpflichtigen also keinen unmittelbaren Nutzen verschaffen.

Unter Aufwandsentschädigung versteht das Gesetz solche Entschädigungen, die der Unternehmer dem Arbeiter für den Aufwand zahlt, der dem Arbeiter bei seiner Arbeit erwächst. Es handelt sich also um Entschädigungen für Abmühen, Verpflegung, die auswärtigen beruflichen Aufenthalt, Reisepesen usw. Diese Entschädigungen müssen jedoch ausdrücklich zwischen Unternehmer und Arbeiter vereinbart und als besondere Beträge neben dem Lohn gezahlt werden; als Vereinarbeitung gilt auch eine entsprechende Bestimmung des Tarifvertrages. Aufwandsentschädigungen sind grundsätzlich steuerfrei, wenn sie in Höhe des nachgewiesenen Aufwands gewährt werden oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen.

Das steuerfreie Existenzminimum (720 M. jährlich, 60 M. monatlich, 14,40 M. wöchentlich) macht die Löhne bzw. Lohnanteile steuerfrei, die nach Meinung des

Gesetzgebers zur Sicherung der nackten Existenz nötig sind. Wenn aber bei dem Steuerpflichtigen besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, wenn z. B. eine außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung, (einschließlich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfall oder durch geistliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, wird durch zwangsständige Ausgaben das Einkommen so stark gemindert, daß das Existenzminimum des Steuerpflichtigen nicht gesichert ist. Deshalb kann das Finanzamt eine Erhöhung vornehmen. Voraussetzungen dafür ist, daß der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist, wenn möglich, durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Lehnt das Finanzamt den Antrag ab, so kann der Steuerpflichtige Einspruch einlegen. Das zweifelhafte ist, läßt sich nur nach dem einzelnen Fall beurteilen. Die Zuzulassung eines erhöhten steuerfreien Existenzminimums ist in das Ermessen der Behörde gestellt. Deshalb wird die Befreiung des Rechtsmittelweges nur dann ernstlich zuzusprechen sein, wenn die Entschädigung des Finanzamts offensichtlich unbillig ist.

Der Aufschlag für Werbungskosten und Sonderleistungen (40 M. monatlich, 9,00 M. wöchentlich) stellt eine steuerliche Vergünstigung dar: Mit den Werbungskosten werden die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen steuerlich berücksichtigt. Der Lohn- und Gehaltsempfänger hat z. B. Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Instandhaltung von Werkzeugen sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung. Hierher gehören auch die Unterhaltungskosten für ein Fahrzeug oder Motorrad, wenn es für den Weg zur Arbeitsstelle verwendet wird. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs ergeben. Dazu gehören mithin nicht Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft der Steuerpflichtigen.

Zu den steuerfreien Sonderleistungen rechnen folgende Ausgaben: 1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Unfall-, Invaliden- und Erwerbslosenerversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen; 2. Beiträge zur Sterbefälle, 3. Lebensversicherungsprämien; 4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung; 5. Kirchensteuern; 6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter 1 bis 3 aufgeführt sind, auch solche Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht. Im allgemeinen werden die Werbungskosten und Sonderleistungen durch den steuerfreien Aufschlag (40 M. monatlich, 9,00 M. wöchentlich) endgültig berücksichtigt. In Einzelfällen kann jedoch eine Erhöhung der Werbungskosten zugelassen werden. Der Steuerpflichtige muß dann nachweisen, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 M. monatlich übersteigen. In einzelnen Fällen werden neben den Sozialversicherungsbeiträgen auch noch Beiträge für Sonderkassen (private Pensions- und Rentenkassen, Unterhaltungsvereine) entrichtet oder aber diese Beiträge werden vom Unternehmer für den Arbeiter an solche Kassen abgeführt. Diese Beiträge erhöhen einerseits den steuerpflichtigen Arbeitslohn, andererseits gehören sie zu den abzugsfähigen Sonderleistungen und können deshalb auch auf die Liste der Sonderleistungen gesetzt werden.

Der Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrags ist an das zuständige Finanzamt zu richten; ihm muß die Steuerkarte für 1933 beigelegt werden. Außerdem empfiehlt sich eine detaillierte Aufstellung der Werbungskosten und Sonderleistungen, wobei möglichst Quittungen und sonstige Belege als Nachweise beizubringen sind. Je glaubwürdiger die einzelnen Angaben sind, um so schneller ist mit der Erledigung des Antrags ohne weitere Rückfragen zu rechnen. Wird die Erhöhung der steuerfreien Beträge gewährt, so erhält die Steuerkarte einen entsprechenden Vermerk. Erst auf Grund dieses Vermerks darf der Unternehmer die erhöhten steuerfreien Beträge beim Lohnabzug in Anrechnung bringen. Die Lohnsteuerpflichtigen, die Anspruch auf Familienermäßigung haben, wird diese Ermäßigung erst nach Abzug der erhöhten steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen vom Arbeitseinkommen angedreht. Lehnt das Finanzamt den Antrag ab, so kann der Steuerpflichtige Beschwerde einlegen, über die vom Landesfinanzamt endgültig entschieden wird.

Anträge auf Erhöhung der steuerfreien Beträge können an sich jederzeit im Laufe des Jahres gestellt werden. Werden sie berücksichtigt, so gilt die Erhöhung erst vom Tage der Genehmigung ab. Eine rückwirkende Kraft hat also die Erhöhung nicht. Deshalb ist es ratsam, die Anträge möglichst zu Anfang des Jahres zu stellen.

### Anfall- und Gesundheitsschutz beim Freiwilligen Arbeitsdienst

Für den Freiwilligen Arbeitsdienst (F.A.D.) gelten sowohl die reichsgesetzlichen Vorschriften über die gewerblichen Unfallversicherung als auch die Vorschriften über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gesundheitsfürsorge und über Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche, die bei einer gleichartigen Beschäftigung im Arbeitsverhältnis Anwendung finden würden.

Für die Überwachung der Durchführung der beschriebenen Arbeitsschutzbestimmungen und der Unfallversicherungsvorschriften sind die Gewerbeaufsichtsbeamten und

die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft zuständig, allerdings nicht in allen Fällen. Die Kontrolle der Gewerbeaufsicht erstreckt sich nicht auf im F.A.D. ausgeführte Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland. Diese Arbeiten gelten nach § 23 der Ausführungsverordnungen vom 2. August 1932 zur Verordnung über den F.A.D. vom 16. Juni 1932 als landwirtschaftliche Arbeiten. Die Überwachung der Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften durch die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft erstreckt sich nur auf Arbeiten, die bei der Zweiganstalt dieser BG. verrichtet sind. Wo jedoch Reich, Länder und Berufsverbände sowie solche Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Versicherungsträgern erklärt sind, Träger der Arbeit sind, kommt für den Unfallversicherungsschutz des F.A.D. die behördliche Eigenunfallversicherung (Ausführungsbefugnisse) in Frage. Die Ausführungsbehörden besitzen aber keine technischen Aufsichtsbeamten, die die Befolgung der Unfallversicherungsvorschriften zu überwachen. Daher stellt dort eine Kontrolle über die Durchführung der Unfallversicherung. Die der Zweiganstalt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft unterstehenden Arbeiten des F.A.D. entstehen zwar nicht ganz dieser Kontrolle, sie ist aber ebenfalls ungenügend im Hinblick darauf, daß solche Arbeiten einer besonders eingehenden und öfteren Betreuung bedürfen.

Eine stärkere Einschaltung der Beamten der Gewerbeaufsicht ist notwendig, da insbesondere bei geschlossenen Lagern eine Kontrolle über den Zustand der Arbeiterfürsorgeeinrichtungen (Unterkunftsräume usw.) dringlich ist. Diese Kontrolle liegt außerhalb des Aufgabenspektrums der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften.

In der letzten Zeit sind auch bereits einige schwere Unfälle bei Arbeiten des F.A.D. eingetreten. Dabei sind drei Personen getötet und eine schwer verletzt worden. Vermutlich haben die nachstehend angeführten Umstände zu diesen bedauerlichen Unfällen beigetragen.

Die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst werden in den meisten Fällen von Jugendlichen ausgeführt, die mit diesen Arbeiten nicht genügend vertraut sind und die damit verbundenen Gefahren unterschätzen. Auch die Leiter der Arbeiten verfügen nicht immer über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen, die für die Abwehr von Unfall- und Gesundheitsgefahren unbedingt notwendig sind. Vielfach mangelt es dann noch an dem notwendigen Material für die Schaffung der Schutzmaßnahmen, wie Bohlen, Stielen und dergleichen. Aus diesen besonderen Verhältnissen des F.A.D. ergeben sich erhöhte Unfall- und Gesundheitsgefahren für die dort Beschäftigten. Falls nicht besondere Vorbeugungsmaßnahmen getroffen sind, ist zu befürchten, daß bei diesen Arbeiten im F.A.D. mehr Unfälle eintreten als bei Ausübung ähnlicher Arbeiten im ordentlichen Arbeitsverhältnis. Um die in den gegenwärtigen Regelung liegenden Nachteile für die Sicherheit der im F.A.D. Tätigen zu beseitigen und Verluste von Arbeitskraft und Gesundheit vorzubeugen; hat der Vorstand des DGB. dem Reichsarbeitsminister nachstehende Vorschläge unterbreitet:

daß eine stärkere Überwachung der Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst durch die Unfallversicherungsträger erfolgt. Soweit Ausführungsbehörden in Frage kommen, könnte der Mißbrauch eines Abkommens mit den Berufsgenossenschaftlichen Organisationen erwogen werden, die im F.A.D. ausgeführten Arbeiten durch die technischen Aufsichtsbeamten dieser Berufsgenossenschaften mitkontrollieren zu lassen;

daß die Regierungen der Länder die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen, sich in stärkerem Maß für die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften beim Freiwilligen Arbeitsdienst, insbesondere schon bei der Einrichtung von geschlossenen Lagern, einzusetzen;

daß der zweite Satz des § 23 der Ausführungsverordnungen vom 2. August 1932 abgeändert wird, damit auch für diese — landwirtschaftliche — Arbeiten eine Überwachung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten möglich ist;

zu erwägen, ob nicht auch die Baupolizeibeamten der Gemeinden und Gemeindeverbände neben den Gewerbeaufsichtsbeamten und technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften für die Überwachung der Durchführung des Arbeitsschutzes im F.A.D. herangezogen werden können.

Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister diesen Vorschlägen bald nachkommt. Dem im Freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten Personen ist nicht mit der Unterstellung unter die Unfallversicherung und unter die sonstigen Arbeitsschutzbestimmungen allein gedient, sondern vor allem damit, daß sie weitestgehend vor Unfällen und gesundheitlichen Schädigungen anderer Art geschützt werden. Dazu ist aber eine gute Kontrolle der einzelnen Arbeitsstellen und Lager durch die dafür zuständigen Organe eine der wichtigsten Vorbedingungen. (Sa.)

### Korrespondenzen

Berlin. (S a n d s c h e t.) Ihre Vereinbarung hielt am 1. Dezember hier acht ordentliche Personen ab. Kollege W. N. d. a. vom Verband der Lithographen und Steindruckerei hielt einen Vortrag über „Gewerkschaften und Demokratie“, in dem er die Arbeiten, die Taktik der Gewerkschaften und die Politik in der Republik beleuchtete. Der Vortrag fand regen Beifall und die sehr ausgiebige Diskussion zeigte, welches Interesse an den Ausführungen genommen wurde. Unter dem zweiten Tagesordnungspunkt machte Kollege B i e t s c h mehrere Mitteilungen. Die Generalversammlung, die im November fällt, war,

musste auf den 15. Januar verlegt werden. Die Werbe-woche hat uns bis jetzt 48 Renaufnahmen gebracht. Der erste Rudwolkursus ist beendet. Von der Vereinigung nahmen 14 Kollegen daran teil. Der zweite Kursus kann erst Anfang nächsten Jahres durchgeführt werden. Der Sageredaktionskursus musste fallen gelassen werden. Es ist bedauerlich, daß von den Kollegen so wenig Wert auf die Kenntnis der Anlage A gelegt wird, deren Notwendigkeit sich so häufig bei Klagen vor den Arbeitsgerichten erweist. In der Aussprache über Vereinsmitteilungen wünschte ein Kollege, daß dafür eingetreten wird, daß das namentliche Verzeichnis von Nachweis aufhört. Kollegen, die sich nur auf den Nachweis verlassen, könnten überhaupt nicht mehr auf Vermittlung rechnen. Für die Wahl des Vertreters für den Gauvorstand wurde wieder Kollege Piesch vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Als Weichnachtsunterstützung für unrechtslose Mitglieder wurde ein Vorschlag des Vorstandes angenommen, diesen Kollegen 3 M. zu gewähren.

**Bremen.** (H a n d s e h e r.) In der Versammlung am 30. November hat es sich unsere Vereinigung zur Aufgabe gemacht, durch Kurzreferate den Versammlungsbesuch zu heben und den Mitgliedern speziell in technischen Fragen einen tieferen Einblick zu geben. Nachdem der Vorsitzende über den Ausgang der Werbewoche in unserm Gau berichtet hatte, referierte zunächst Kollege B ö k e n t r ö g e r über „Die historische Entwicklung der Zeitung“, dabei ausgehend von den primitiven Mitteln der antiken Welt bis zur heutigen ausgebauten Zeitung, die besonders in dieser Zeit in politischer Beziehung eine ungeheure Macht bedeutet. In jeden Arbeiterhaushalt gehöre ein Arbeiterblatt. Alle Zeitungen trugen als Anschauungsmaterial zur Vernunftbildung des Vortrags bei. Kollege W r i d h behandelte „Praktische Ratsschläge für die Handgewerbetreibenden“, dabei besonders deren Einrichtungen streifend, wie sie sein und nicht sein sollen. Aber „Zufällige Kontrollen in den Handgewerbetreibenden“ sprach Kollege H a r m e n i n g, gleichzeitig auf die neue Buchführung der Prinzipale eingehend, wie sie auf der Tagung in Bad Pyrmont behandelt worden ist. Zufällige und unzulässige Kontrollen müssen auseinandergehalten werden. Bei eventuellen Streitigkeiten über Gehalt usw. sei es angebracht, mehr als bisher unsere Berechnungskommission in Anspruch zu nehmen. Kontrollen im Sinne des Tarifs dürften nicht ins Schisma und Erschwerende ausarten. Zusammenhalten der Kollegen bei Einführung von Kontrollen sei höchste Pflicht. In der Aussprache zu den Referaten ging Gauvorsitzer Z i e r p zunächst auf die Verhandlungen zur Anlage A des Tarifs ein. In allen bevorstehenden Verhandlungen sei es nötig, die Handsekerpartie zu stärken. Bei Einführung von Kontrollen müßten die Kollegen den Gemeinschaftsgeist hochhalten. Durch gewerkschaftliche Disziplin und einiges Zusammenhalten wäre schon mancher Erfolg für die Kollegen erzielt herausgekommen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen, und die geplanten Veranstaltungen der hiesigen Vereinigung zur Kenntnis gegeben waren, fand die Versammlung mit einem Appell, auch die uns noch fernstehenden Kollegen der Sparte aufzurufen, ihren Abschied.

**Breslau.** In unserer außerordentlichen Generalversammlung am 27. November wurden die beiden neugewählten Ortsangehörigen, bis jetzt „Wohlfahrter“ Kollege B l i n d a h und „Kassierer“ Kollege S t e u e r durch den zweiten Vorsitzenden R e i m in ihre Ämter eingeführt. Kollege B r i n d a h dankte für das Vertrauen, das ihm die Mitgliedschaft durch die Wahl entgegengebracht hat und verpfaht, seine ganze Kraft in den Dienst des Ortsvereins zu stellen. Dazu sei aber die Mitgliedschaft aller Mitglieder, besonders der Funktionäre und Betriebsräte, notwendig. Im gleichen Sinne dankte Kollege S t e u e r, dem die Aufgabe zufällt, in der Breslauer Ortsstelle geborene Verbindungen zu schaffen. Anschließend begrüßte er einen Antrag des Ortsvorstandes, der aus agitatorischen Gründen und in Anlehnung an die Verbandstagsbeschlüsse den Ortsbeitrag (mit 1,25 M. einer der höchsten

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Wehler in Neureuppin  
Eingetreten: 28. Dezember 1882 - „Märkische Zeitung“.

in Deutschland) um 20 Pf. pro Woche senken will. Gleichzeitig soll der Invalidentzuschuß von 60 Pf. auf 40 Pf. pro Tag gesenkt werden. Nach längerem Zirk und Wider wurden diese Anträge gegen wenige Stimmen mit Geltung vom 1. Januar 1933 ab angenommen. Aber den nächsten Punkt, „Das Wirtschaftsprogramm des DGB“, referierte Kollege B r i n d a h. Er betonte, daß bisher alle Notverordnungen der Arbeiterkassen nur Verschlechterungen gebracht haben, aber das, was uns die gegenwärtige reaktionäre Regierung beschert hat, steht einwärts beifolles da. Noch nicht genug damit, plant man weitere Verschlechterungen in der Sozialversicherung, im Mieterschutz usw., die der Redner im einzelnen näher beleuchtete. Das Vollzugswort der Reichsregierung ist: Schutz dem Geldbeutel und alle Hilfe dem Kapital. Von sozialer Gerechtigkeit, Sicherstellung der Lebenshaltung der Arbeiterkassen und wie die schönen Worte Papens sonst noch lauteten, ist nichts zu spüren. Im Hand zahlreicher praktischer Beispiele zeigte der Redner auf, in welcher schamlos Weise das Einstellungsprämiengesetz ausgenutzt wird. Wie weit das Verantwortungsgesetz einzelner Unternehmer gesunken ist, zeigt folgender Fall. Eine Textilmfirma in Schlesien beantragte die Anerkennung als notleidender Betrieb, um die an und für sich schon eisdenden Textilarbeiterlöhne noch weiter abzubauen zu können. Dabei wurde festgestellt, daß vier Familien-Mitglieder dieser „Firma“ im Jahre 1931 Gehalt „über“ 250 000 M. bezogen haben, während die Lohnsumme vor 180 Arbeitern und 20 Angestellten nur 200 000 M. betrug. Die Ablehnung des Antrags war selbstverständlich. In Hand von Beispielen aus der „Textilarbeiter-Zeitung“ zeigte der Redner die Verurteile des Unternehmertums, sogar von den Wohlfahrtsämtern Einstellungsprämien bei Neueinstellungen von Wohlfahrtsarbeitslosen zu erhalten. Die ungeheuren Forderungen von Kapital bedeuten besten den Widerstand des Kapitalismus auf, und auch die nutzlos verpulverten Millionen-Subventionen brachten keine Hilfe. Andre Wege weist das Wirtschaftsprogramm des DGB. Durch näheres Eingehen auf die Hauptpunkte,

wie Arbeitszeitverkürzung, Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, Schaffung eines Monopols usw. Beweis der Referent, daß es möglich ist, das kapitalistische System zu beiseitigen und an seine Stelle die Planwirtschaft zu setzen. Entschuldigend aber ist, wie weit sich die deutsche Arbeiterkassen bei diesem Wirtschaftsombau zur Geltung bringen kann. Deshalb sollte der Weg glänzend angebahnt, mit zahlreichen beweisfähigen Material ausgestattetem Vortrag. In der Diskussion erklärte sich der oppositionell eingestellte Kollege F i s c h e r mit diesem Programm in vollem Umfang einverstanden, bis auf den den demokratischen Staat und den Parlamentarismus betreffenden Teil. Den Umbau der Wirtschaft auf parlamentarischen Weg hält er nicht für möglich. In gleichem und ähnlichem Sinn bewegten sich die Ausführungen noch mehrerer anderer Kollegen. Nach dem Schlußwort des Kollegen B r i n d a h wurde die Absendung eines Telegramms an die Chemnitzer Staatsanwaltschaft beschloßen, worin gegen das Festurteil gegen den Arbeiter Barthele energisch protestiert und dessen Aufhebung gefordert wird.

**Chemnitz.** In der Versammlung am 12. Dezember war gut besucht. Gauvorsitzer D e r t e l erstattete Bericht von der Gauvorsitzerskonferenz. Er erörterte die Gründe, die zu den Einschränkungen in Unterhaltungsstellen notwendig waren, und die Organisation finanziell auf der Höhe zu erhalten. Leider war eine Herabsetzung des Beitrags nicht möglich, da die Ausgaben größer sind als die Einnahmen. Der Invalidentstand hat sich seit 1931 verdoppelt. Auch hier mußte eine Unterstützungsvorrichtung vorgenommen werden. Weiter wurde die Keimunterstützung und das Begrüßungsgeld gestrichelt. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit drücken schwer auf unsern Beruf. Die Einnahmen sind fast um die Hälfte gesunken. Die Anforderungen, die an unsere Organisation gestellt werden, seien sehr groß. Der nächste Verbandstag im September 1933 werde sich eingehend mit den inneren Angelegenheiten des Verbandes zu beschäftigen haben. In gewerkschaftlicher Hinsicht stehe unsere Organisation festigt da. Der Mitgliedsbestand ist stabil geblieben, der Verlust betrug nur 4 Proz. Den Zerlegungsbestrebungen von rechts und links werde mit den schärfsten Mitteln entgegengetreten werden. Eine Diskussion fand nicht statt. Ein erfreuliches Zeichen, daß die Mitglieder den Ernst der Lage erfaßt haben. Auch in diesem Jahr erhielten die Arbeitslosen vom Gau eine Weihnachtsbeihilfe. Die Mitgliedschaft verantrafte wie alljährlich ein Weihnachtskonzert, dessen Erneuerung den Weisheitlern zugute kommt. Schwer drückt die Zeit auf alle Kollegen, doch sie kann nur durch Einigkeit, Solidarität und festen Zusammenhalt überwinden werden.

**Darmstadt.** In der Bezirksversammlung am 3. Dezember hatte einen guten Besuch aufzuweisen; um so erfreulicher, als wir Gelegenheit hatten, unsern Gauvorsitzer, Kollegen Kraft, in einem Referat zu hören. „Die Gewerkschaften im Kampf für Freiheit und sozialen Fortschritt“. Eingangs der Versammlung begrüßte Vorsitzender P o l k a r t die Erschienenen sowie den Referenten aus herzlichsten. Zur Eröffnung sang unser Kollegenchor in musterwürdiger Weise den „Lohnmanns Chor“, „Gebt Mut“, und fand damit beifällige Aufnahme bei der Versammlung. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen ergriß Kollege K r a f f zu seinem Vortrag, das „Wort“, er übermittelte zunächst die Griffe des Gauvorstandes und brachte zum Ausdruck, daß seine Betrachtungen nicht speziell buchdruckerischer Art seien. Die heutige Regierungsweise zeige deutlich den offenen Charakter des Abbaus der Sozialpolitik, der nur zukunfts kommen konnte wegen des mangelnden Wissens der Massen in ökonomischer und politischer Beziehung. Zum Überflus trete zu der Ausbeutung der Arbeiterklasse noch deren sinnlose Spaltung hinzu. Darin liege das Verhängnis. Dank der Einheitsrichtung der freien Gewerkschaften vor dem Krieg konnte der Herrenstandpunkt der Unternehmer gebrochen werden und trotz polizeilicher Fesseln war eine ideale Aufwärts-

## Vierwochenkursus für die graphischen Verbände

in der Bundeschule des DGB. in Bernau

In der Zeit vom 31. Oktober bis zum 25. November d. J. nahmen an einem Kursus für die vier graphischen Verbände zehn Kollegen unseres Verbandes teil. In den folgenden Zeilen soll ein gedrängter Bericht über den Verlauf dieses Kursus gegeben werden.

Die Bundeschule des DGB. hat nicht den Zweck, unersetzliches Wissen zu vermitteln. Vielmehr soll von ihr namentlich ehrenamtlich tätigen Funktionären der freien Gewerkschaften das für ihre Arbeit Notwendige gelehrt und gefestigt werden. — Der hauptamtlich tätige Verbandsfunktionär hat infolge seiner umfassenden gewerkschaftlichen Aufgaben durch die Praxis und durch eigenes intensives Studium die Kenntnisse und Fähigkeiten erworben, die ihn befähigen, auf vielen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung mit Erfolg zu wirken. Er ist auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiet meist sehr gut bewandert. Dagegen ist der ehrenamtliche Funktionär je nach seiner ihm zuerteilten Funktion in der Regel nur einseitig tätig. Seine knapp bemessene Freizeit gestattet ihm zwar die gewissenhafte Erledigung seiner Arbeiten, gibt ihm aber nur selten Gelegenheit, in die allgemeinen Wissensgebiete, die mit der gewerkschaftsarbeit zusammenreffen, tiefer einzudringen. Hier soll die Bundeschule des DGB. helfend eingreifen. Sie gibt dem ehrenamtlichen Funktionär Gelegenheit, sich ein grundlegendes Wissen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, des Arbeitsrechts und in Verbandsfragen zu erwerben.

Der Stundenplan unseres Vierwochenkursus zeigte folgende Aufteilung: Sozialpolitik 28 Stunden, Arbeitsrecht 20 Stunden, Betriebswirtschaft 12 Stunden, Wirtschaftspolitik 12 Stunden, praktische Übungen und schriftliche Arbeiten 32 Stunden und Verbandswesen 20 Stunden; das sind insgesamt 144 Stunden. Auf 24 Arbeitstage ver-

teilt ergibt das je Tag 6 Arbeitsstunden. Es soll jedoch gleich bemerkt werden, daß in der Durchführung dieses Arbeitsplanes nicht schematisch verfahren wurde. Wir leisteten manche Überstunden, und meistens stellten die Referenten und Lehrer am Schluß ihrer Unterrichtsstunden fest, daß leider die zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreichte, um alles durchzusprechen; sie konnten sich immer nur auf das Allernotwendigste beschränken. Es wurden außerhalb der planmäßigen Stunden neben einigen kulturellen Darbietungen, einer Revolutionsfeier und einer Hermann-Müller-Gedenkfeier eine Anzahl aktueller Vorträge mit nachfolgender Aussprache — diese immer sehr ergiebig und nicht etwa auf niedrigem Niveau stehend — veranstaltet. Der Unterricht, nach neuesten Grundsätzen in Form der Arbeitsgemeinschaft durchgeführt, wurde nach Möglichkeit auf die speziellen Erfordernisse der vier Berufsgruppen zugeschnitten. Mit Stolz erfüllte uns Buchdrucker dabei immer wieder, daß es unsere Organisation war, die auf dem Gebiet des Tarifs und Arbeitsrechts, des Schlichtungswezens und der Sozialpolitik in mancher Hinsicht bahnbrechend oder wegweisend war. — Schriftliche Arbeiten wurden wider Erwarten nur selten verlangt. Aber wir mußten uns davon überzeugen, daß so für uns Schüler mehr geboten werden konnte. Schreibarbeiten hätten uns zuviel Zeit weggenommen. Wertvoll waren die zahlreichen Literaturhinweise. Sie ermöglichten dem Schüler eine gründliche systematische Weiterarbeit und erparen ihm unproduktives Sitzen und Lesen. Ebenso wertvoll sind die uns Schülern überlassenen Dispositionen über insgesamt 21 Themen, die in der Schule behandelt wurden. Der im Stundenplan vorgesehene Sportunterricht mag manchem Schüler zunächst unverständlich oder überflüssig erschienen sein. Das Ergebnis dieser Stunden überzeugte von ihrem Wert. Die Sportstunden schafften einen Ausgleich für die geistige Zuanpruchnahme, für das meist ungewohnte Sitzen und nicht zuletzt auch für die zweckmäßige Verpflegung.

Das Leben in der von jedem äußeren Verkehr abgesperrten, in der waldreichen Umgebung von Bernau

liegenden Schule vollzog sich reibungslos und harmonisch. Die zehn Kollegen unserer Organisation hatten sich, wie nicht anders zu erwarten war, schnell recht gut zusammengefunden. Auch mit den Kursussteilnehmern der übrigen drei graphischen Verbände hielten wir gute Freundschaft, ebenso mit den Kollegen der Nebenkurse (Gesamtarbeiter- und Einheitsverband der Eisenbahner). Die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der Schule und unseres Verbandes war die denkbar beste. Es herrschte eine vorbildliche Kollegialität, die sich wohl ebenso wertvoll für die Kursussteilnehmer auswirken wird, wie der Unterricht. In den Freizeiten wurde viel diskutiert. Die Kollegen, aus allen Teilen des Reiches stammend, tauschten ihre Erfahrungen aus und stärkten sich gegenseitig in ihrem Vertrauen zur Organisation und in der für diese zu leistenden Arbeit.

Wenn am Schluß unseres Kursus der Schulleiter, Dr. Geelbach, zum Ausdruck brachte, daß dieser Kursus eine besondere Arbeitsfreudigkeit und Lebendigkeit an den Tag gelegt habe, so soll dieses Lob uns ein Ansporn sein für die in der Heimat nun wieder fortzuführende Arbeit. In einer von den Schülern unseres Verbandes zusammengestellten und auf einem „Hilfograph“ gedruckten Zeitung für den Abschiedsabend widmete die Schriftleitung dieser „Zeitung“ der Schule, ihren Lehrern und Schülern folgende Worte, die zusammenfassend das Ausdrücken sollen, was dieser Kursus für uns bedeutete:

„Die Bundeschule wurde uns Schülern zum Erlebnis. Wir erhielten in wenigen Wochen eine Fülle wertvollen Wissens vermittelt. Die Lehrer der Schule und die Führer unserer Organisationen waren mit Eifer bemüht, uns die wissenschaftlichen und praktischen Grundlagen gewerkschaftlichen Schaffens näherzubringen. Wir kamen als wissbegierige, aber auch als kritische Hörer. Und doch waren wir die Rehmenden. Das verpflichtet. Wir geloben daher am Abschiedstag, unsere Kraft — gefährt durch die in der Bundeschule erworbenen Kenntnisse — in gesteigertem Maß der Gewerkschaftsbewegung zu widmen. Das sei unser Dank!“

H a n n o v e r.

W i l l i M i d a h.

entwicklung festzustellen. Die Gewerkschaften der Nachkriegszeit hatten sich als höchstes Ziel den Ausbau der Sozialgesetzgebung gesetzt, was aus organisierten Buchdruckern hauptsächlich bekannt ist. Unmittelbarer Einspruch ist erst gegeben, wenn die Gewerkschaften die Möglichkeiten hätten, in Kräfte und Kartelle ihre Vertreter zu entsenden. Laßte sie, daß durch den Einfluß der Gewerkschaften die Lohnsteigerung für Gelehrte 60 Proz. und für Angelernte 100 Proz. gegenüber der Vorzeitgezeit betragen habe, bis 1931 die Brüllungsgeißel Vorverordnung Einhalt geboten habe im Tarifausbau. Solche Regierungskünfte mühten wir doppelt beklagen im Rahmen der Gewerkschaften; zumal die Partei der organisierten Dummheit im Jahr 1930 107 Abgeordnete in den Reichstag entsenden konnte. Die wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs sei die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung, deren Auflösung erst einen besiedelnden Aufstieg garantiere. Der Mangel an Einspruch zur Kaufkraftsteigerung führe uns einer still unstrahligen Zukunft entgegen. Hungernde und verwelkete Massen verdienen tiefer Erbitterung, aber leider fehle die Einsicht einer geschlossenen Pfalz. Die Feststellung, daß Millionen zum Feind überlaufen seien, zeige nicht, daß die Arbeiterklasse des 20. Jahrhunderts seine Hörigen und Leibeigenen seien. Der geschlossene Machtwort aller Arbeiter müsse aufgehoben werden zur Durchführung der Planwirtschaft. Entziehung der Monopolstellung aller Berufsweige. Damit wäre der Weg gebahnt zum Sozialismus. Die Erkenntnis dieses hehren Zieles müsse Allgemeinart werden. Des Sozialistenführers Adler einprägsamer Satz: „Die politische Demokratie, so notwendig sie ist, heißt kein Ideal bar, ohne die wirtschaftliche Demokratie anzuschließen“, bestätige die Wichtigkeit der Tendenz der heutigen Gewerkschaften. Die zersetzende Geißel WGD und IASD, seien Gewerkschaftsfeinde, deren Duden in unfern Reihen unmöglich sei. Jeder solle sich bewußt sein des von Papen geschaffenen Wohlfahrtsstaates, und die Schlussfolgerung ziehen, Jung wie alt müssen die geschichtliche Pflicht erkennen zur selbstgeschlossenen Einigkeit und zum Vertrauen zu den Führern. Mit dem Zitat Matteottis: „Die Freiheit ist wie Luft und Sonne, man muß sie erst verdienen, um zu erkennen, was man hatte“, schloß der Redner seine von der Versammlung begeistert aufgenommenen Ausführungen. Der Vorlesende dankte ihm für das meisterhafte Referat. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die zum Teil Dinge vorbrachten, die mit den Tatsachen und der Wirklichkeit nicht immer in Einklang zu bringen waren. In dem ausführlichen, sachlichen Schlusswort war es Kollege K r a f t auf Grund seines umfassenden Wissens und seiner jahrelangen, politischen Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse möglich, die Versammlung zu überzeugen, daß die Stoffkraft der Gewerkschaften erhalten und auf ein Höchstmaß gesteigert werden muß. Der ungeleitete Beifall, den die Ausführungen des Referenten auslösten, war ein wohlverdienter. Mit dem betätigten und entgegenkommenden Rednerbericht zum dritten Quartal fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Dresden.** Die hiesige alte Buchdrucker-Garde (Albuga) hielt ihren dieswintertlichen Familienabend am Sonntag, dem 11. Dezember, im Saal des Restaurants „Zum Senesfelder“ ab. Kaffe und Kuchen, bester Dresdner Stoff, Musik und gute Laune und Humor sorgten für trefflichen Gesang.

**Wien.** (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 27. November hielt unsere Bezirksvereinigung ihre 3 n h r e s h a u p t v e r s a m m l u n g ab. Der Besuch war ein guter; alle Faktoren mit Ausnahme Verbors waren vertreten. Vorsitzender W. B r a u n begrüßte die Erschienenen, besonders auch den Gewerkschaftsvorsitzenden S. Klein (Frankfurt a. M.). Zunächst gedachte er in ehrenden Worten unfer verstorbenen Altglieber Heinrich Neß (Wien) und Hermann Marx (Welsch), die lange Jahre der Sparte angehörten und für sie wirkten. Der Vorlesende gab dann einen kurzen Jahresbericht unter besonderer Berücksichtigung unfer in diesem Jahr gefeierten 50jährigen Bestehens. Aus der Abrechnung über das dritte Vierteljahr sowie über das Jubiläum war zu ersehen, daß wir in finanzieller Beziehung trotz großer Ausgaben noch gut stehen. Dem Kassierer W. L e n z wurde Entlastung erteilt. In der Ausprache brachten verschiedentlich die Kollegen ihre vollste Zufriedenheit über den Verlauf des Festes zum Ausdruck. Jedoch wurde scharf gerügt, daß einige Kollegen dem Versammlungsbeschluss auf Erhebung eines Festbeitrags nicht Folge leisteten. Nimmich hielt Kollege S. Klein in ein Referat über „Die tarifliche Leistungsklausel“. Daß er damit größtes Interesse wecke, bewies der Wunsch auf Einführung eines Berechnungskurses. Der Vorstand wurde beauftragt, einen solchen zu arrangieren und der dazu gebildeten Kommission Material zu beschaffen. Die Vorstandswahl ergab, bis auf die Neuwahl eines Beisitzers und Revisors, Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Die Berichte aus den einzelnen Bezirken liefen durchaus nichts von der in letzter Zeit so oft angelegten Besserung der Wirtschaftslage erkennen. Mit dem Appell, dem Verband und der Sparte allezeit die Treue zu halten, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Hamburg.** (H a n d s e h e r.) In unfer Versammlung am 5. Dezember wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Unter „Berichtsmittellungen“ behandelte Vorsitzender C o h n einige interne Angelegenheiten. Die kommunikativen Wünsche und Behauptungen gegen Vorstand und Kollegen sowie gegen Verband und Sparten las er den Kollegen aus verschiedenen Belegen vor. Er warnte vornehmlich die erwerbslosen Kollegen, den Lokungen Gefolgschaft zu leisten und empfahl ihnen, in ihren Versammlungen sich gegen diese Maßnahmen zu wenden. In derselben Sache sprach dann noch Kollege S i r o d o, der von Kommunisten im „Ausweg“ angegriffen worden ist. Kollege C o h n ging dann näher auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen ein und gab den Kollegen die Verhandlungsdaten bekannt. Auch die von Unternehmerseite geplanten Verschlechterungen hob er besonders hervor. Er gab dabei den Beschluß des hiesigen Handbegervorstandes bekannt sowie die Antwort der Zentralkommission. Kollege S i r o d o wies noch einmal auf die Wichtigkeit der Anlage A des Tarifs für die Handbeger hin und führte ebenfalls den Kollegen die geplanten Wfstände auf Verschlechterungen des Tarifs seitens der Unternehmer vor. Kollege T h o r h a u e r erklärte, daß es eine alte Erfahrungstatsache sei, daß die Unternehmer in Zeiten der Not

den Lohn so niedrig wie möglich bringen möchten. Um so mehr sei es unfer Aufgabe, in Zeiten guter Konjunktur den Lohn so hoch wie irgend möglich zu bringen. Aufgabe der noch in Arbeit Stehenden sei es, dafür zu sorgen, daß die erwerbslosen Kollegen wieder in den Arbeitsprozeß eingereicht würden. Kollege C o h n gab im Schlusswort zu erkennen, daß er mit den gemachten Ausführungen der beiden Redner einverstanden war und ermahnte die Kollegen, treu zum Verband und zur Gewerkschaftsbewegung zu stehen. Hierauf erstattete Kollege B a r t h den Rednerbericht, für den ihm Entlastung erteilt wurde. Schließend folgte Kollege C o h n die nachträgliche Bewilligung einer Geldsumme für die Erwerbslosen ein, die ohne Widerstand erfolgte. Dann gab er von den demnächst geplanten Veranstaltungen Kenntnis.

**O. Jena.** Nach einer längeren, durch ungünstige Umstände bedingten Pause, fand am 3. Dezember wieder eine V e r s a m m l u n g statt. Vorsitzender W e n g e l ersuchte die Mitgliedschaft, den Schulruf des Thüringischen nationalsozialistischen Volksbildungsministers mit Unterzeichnung des Parteiformulars zu beantworten. Die Buchdruckerklasse der Berufsschule hat es ebenso abgelehnt, dem Nachschuleruf Rechnung zu tragen. (Der Nachschuleruf bezieht sich auf den Wehrtauler Vertrag; er ist ein Zweigespräch, der Wehrer muß den Wortlaut vortragen und die Schüler sollen ihn nachsagen.) Weiter wurde bekanntgegeben, daß die arbeitslosen Kollegen ihrer Wehrpflicht beim Verband nachkommen sollen, und daß Darlehen aus der Ortskasse nicht mehr gegeben werden können. Aber die „Kulturaufgaben der Gewerkschaften“ referierte Johann G e n s e r i n g, Oberregierungsrat i. R. Er begann mit der Pionierarbeit, die die Buchdrucker für die Arbeiterbewegung geleistet haben. Das Wirken der freien Gewerkschaften lasse sich, so führte der Referent aus, in drei große Gesichtskreise zusammenfassen: Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik. Das Wirken in der Sozialpolitik habe seinen Bestand darin, der bestehenden Gesellschaftsform für die Arbeiterklasse Nützlichdes abzurufen: höhere Löhne, Verfürgung der Arbeitszeit. Und darüber hinaus hat die Sozialpolitik der Gewerkschaften die Arbeitergesetzgebung bestimmend beeinflusst. Mit der politischen Umwälzung von 1918 öffnet sich der Gewerkschaftsbewegung ein zweiter Gesichtskreis: Die Wirtschaftspolitik trat in den Vordergrund. Die Arbeiterklasse forderte Gleichberechtigung am Aufbau der Produktion. Sie wollte eine Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Dieser Zug ist ihr bis jetzt nicht gelungen. Jahre später nahm sich der DGB, der Kulturpolitik an. Er bezweckte eine Umgestaltung des öffentlichen Bildungswesens. Die beste Kulturpolitik für die Arbeiterklasse ist eine gute Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik. Alle Voraussetzungen für den Bestand der Kulturpolitik sind ein guter Lohn, ein gutes Auskommen. Die Arbeiterklasse darf sich rühmen, seitdem sie dem Kapitalismus zu Leibe gekommen ist, hat sie diesem auch Kultur abgerungen. Die Basis des gesamten Daseins und des kulturellen Aufbaus bildet die Wirtschaft. Darum ist gute Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik beste Kulturpolitik. Kultur ist das gesamte gesellschaftliche Schaffen. Auf dem jetzigen Boden kann keine Kultur aufgebaut werden. Ein Kulturvolk hat die Erde noch nie gesehen. Auch die Griechen von 400 vor unferer Zeitrechnung waren kein Kulturvolk, denn nur einige Tausend waren freie, oder Halbfreie, aber Hunderttausende von Menschen waren Sklaven. Ist das ein Kulturvolk? Es war ein eckhafter Sklavenhandel; es war Kultur einer Herrenklasse. So wirkliche Kultur geformt werden, dann muß die ökonomische Grundlage geändert werden. Nur durch den Sozialismus wird das Fundament für eine Kultur geschaffen. In der Wandlung des Fundaments haben die Gewerkschaften mitzuwirken. Heute stellt die Arbeiterklasse fest, daß ihre kulturpolitischen Errungenschaften von der Reaktion teilweise wieder zu Grabe getragen worden sind. Der Referent tam dann auf die Kulturpolitik Thüringens zu sprechen, und erklärte, kein deutsches Land hat in der Kulturpolitik so viel geleistet, wie Thüringen. Die ehemalige sozialistische Regierung in Thüringen habe eine Basis geschaffen, auf der sich vorkommende Kulturpolitik habe entwickeln können. Und einmütig haben sich die freien Gewerkschaften hinter dieses Programm gestellt. Marginalisch war der Aufbau ja nicht, meint der Referent, aber das Geleistete hat sich Leistung weit über Deutschlands Grenzen hinaus eruzznen. Das damals angestrebte der Bestkosten Eingeführte im Bildungswesen ist heute — unter hitgerlich nationalsozialistischer Regierung — wieder zersähen. Im Schlusswort ermahnte der Referent zur Vereinigung aller Kräfte. Die „kürere“ Spaltung soll unfern gewerkschaftlichen Boden nicht zur Spaltung denken, sondern zur Einigung der gesamten Arbeiterbewegung. Stürmischer Beifall folgte. Den arbeitslosen des Ortes konnten selber nur 5 M. als Weihnachtsgabe bewilligt werden. Der Bezirk Jena kann überhaupt keine Weihnachtunterstützung geben. Der Gau zählt eine gestaffelte Weihnachtunterstützung von 3 bis 15 M. Eine Resolution, die sich gegen Sondergerichte und gegen das Chemiker Todesurteil wandte, wurde angenommen.

**Karlsruhe.** (H a n d s e h e r.) — Vierteljahr s e r i e h t. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober veranstalteten wir eine Werbewoche, und zwar bezweckt, daß wir die Aufgaben der Sparte in die einzelnen Betriebe hineintragen. Die Werbepflichter der Zentralkommission waren uns dabei ein vortrefflicher Helfer. Das gerade in der Jetztzeit ein enger Zusammenfluß aller Handbeger vonnöten ist, sollte doch jeder einzelne und denkende Kollege heute endlich begreifen. — In der Novemberversammlung referierte Herr Fachschullehrer S c h u l t h e i s e r über „Treuwe in der Berufsbildung“. Seine kritischen Ausführungen lösten eine rege Diskussion für und wider aus. — Zu unfer Versammlung am 3. Dezember hatten wir auch die Angehörigen unfer Kollegen eingeladen. Vorsitzender K a r l H ä f f e l e zerpflückte eingangs die Prinzipialanträge zur Anlage A und betonte, daß der Unternehmer keine Berechtigung habe, die technische Entwicklung für sich allein in Anspruch zu nehmen, und daraus Nutzen zu ziehen. Zu unfern Unterhändlern haben wir volles Vertrauen, daß geplante Verschlechterungen nicht durchgeführt werden. Sodann bot Herr L u d w i g H ä f f e l e einen interessanten Vortrag: „Weltproblem Erdöl“. Der Redner schilderte die mutmaßliche Entstehung dieses Produktes, das Vorkommen, die Gewinnung und Verwendung. Wie

ein Film rollten die Effelder mit den verschiedenen Bohrungen an unferm Auge vorüber. Auch die wirtschaftlichen Kämpfe, Kriege usw. und die Zusammenballung von Milliarden Finanzkapital im amerikanischen und auch europäischen Strukt wurden gebührend aufgezeigt. In der anregenden Diskussion wurde auch die Bekümmere der Bücherliste Gutenberg anerkennend erwähnt. Hoffen wir, daß die durchgeführte Werbung unfer Vereinigung auch bei allen Handbegern auf fruchtbaren Boden fällt.

**Kassel.** Unfer im Gildhaus tagende gut besuchte G e n e r a l v e r s a m m l u n g nahm zu der vielseitigen Arbeit des Bezirksvereins in acht Tagesordnungspunkten Stellung. Vorsitzender C e r t e r i n widmete bei Eröffnung der Versammlung anlässlich des Ablebens des Kollegen Engelbach, unferes alten langjährigen Funktionärs und aufrichtigen Kämpfers, diesem ehrende Worte des Andenkens. Einem Mann, der fast 25 Jahre an vorderster Stelle in der Organisation gestanden hat, werden wir am besten dadurch ein dauerndes Gedenken bewahren, daß wir versuchen, ihm nachzueifern. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die nicht geringe Arbeit, die in diesem Jahr geleistet werden konnte, dank der Mitarbeit und Geschlossenheit des Vertrauensmännertörpers, der Sparten und des größten Teils unfer Bezirksmitgliedschaft möglich war. Unfer Hauptaufgabe war darauf gerichtet, durch Vorträge in Versammlungen und Kurien, durch Erhaltung der Erwerbslosen in Sondererfassungen und Spaziergängen, durch intensive Schulungsarbeit der Lehrlinge den Gewerkschaftsgeboten zu festigen und zu vertiefen. Erablinig wurde durch unfer Referenten die kolossale, verantwortungsvolle und für die gesamte Arbeiterklasse so lebenswichtige Aufgabe der Gewerkschaften immer wieder herausgehört. Auch sei es für die kommende Zeit in Anbetracht des Verjagtes des Parlamentarismus eine der vornehmsten Pflichten der Gewerkschaften, ihre ganze Kraft darauf zu konzentrieren, durch gewerkschaftliche Agitations- und Schulungsarbeit eine in sich geschlossene Agitations- und Abwehrfront der gesamten Arbeiterklasse dem auszubehenden Kapitalismus gegenüberzustellen. Die Berichte der einzelnen Bezirksorte zeigten so ziemlich ein einheitliches Bild. Trotz aller wirtschaftlichen Nöte wurde auch hier die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit jeder ändern vorangestellt. Die Arbeiten des Bildungsverbandes und der Sparten fanden ebenfalls die Anerkennung der Versammlung. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Sparmaßnahmen, Herabsetzung der Vorstandsbüsten, Verringerung der Agitationstagespensen usw. fanden ebenfalls die Würdigung der Mitgliedschaft. Für die Erwerbslosen läuft ein Eperantortur unter Leitung des Kollegen Deiters, außerdem ist für Anfang des neuen Jahres ein Unterhaltungsabend vorgesehen und in Zukunft wird ein Raum unfer Büros für den Aufenthalt der Erwerbslosen verschiedene Stunden des Tages geöffnet sein.

**H. Köln.** (K o r r e k t o r e n.) Der Hauptanziehungspunkt unfer V e r s a m m l u n g am 28. November war ein Lichtbildvortrag „Die schöne Eifel“ (vom Hauptvorstand des Eifelvereins vermittelt). Erklärlich darum auch, daß der Versammlungsbesuch diesmal als gut bezeichnet werden konnte, aber auch ein Zeichen, daß anregende Vorträge, besonders wenn sie durch ausgezeichnete Bildwerke unterstützt werden, immer gern gehört werden. Bei diesem Vortrag tam noch hinzu, daß den Anwesenden unfer schöne rheinische Grenzgebiete, die Eifel, in Wort und Bild vor Augen geführt wurde. Und so konnte man nun mit dem Vortragenden, Kollegen F l a h s, im Geist durch die Eifel streifen mit all ihren Burgen, Schlössern, Tälern, Bergen und Seen. Wir sahen die Vordeifel mit Nibbergen, Heimbach im schönen Kurtal, den Urfließ, die Westeifel mit dem romantischen Luchmaderstädthchen Monsthan, weiter das von Klara Wiebig so ansehnlich geschilderte und jetzt zu Belgien gehörende ferndestliche Höhe Nenn mit den Ausgangspunkten Eupen und Walmegn. Brum, Neerburg, Dasburg, Wanden, alles historische Stätten der Geschichte, folgten. Das weitbekannte Uhtal mit seinem Korfwein, seinen bekannten Orten Neuenahr, Ahrweiler, Altmahn bis hinauf zu den Höhen der Hohen Vät und der Müridurg sahen wir im Bild vorüberziehen. Und nun waren wir mitten in der Vulkanwelt, an den Maaren, den Gangspunkten der Eifel. Bekannte Punkte wie Raader See mit seiner Afole, Ulmer Maar mit seinen Burgrümmern, das freisunde Pulvermaar, waldumsäumt, die Maare um Daun, und hier besonders das bekannte Totenmaar mit seinem Kircheng, Wanderstheil im engen Dieftal mit den beiden Burgen setzten die aufmerksamen Zuhörer in Erstaunen. Die Gegenw um Gerolstein, das Eistal mit Montreal und Schloß Ely sollten nicht unerwähnt bleiben. Alles in allem: Man traute seinen Augen nicht, daß die viel verkante Eifel so Herrlichsteiten zu bieten vermag, und der dem Vortragenden gezollte Beifall besagte, daß die Ausführungen, die auch noch durch eine Reihe eigener Aufnahmen ergänzt wurden, ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Vorher berichtete der Vorsitzende über die Eifener Vorhabenentwurf, über die schon in „Korr.“ Nr. 99 eingehend berichtet wurde und die eine rege Aussprache auslöste, insbesondere über die Arbeitsleistung und die Verantwortlichkeit des Korrektors. Als ein erfreuliches Zeichen waren noch sechs Neuaufnahmen zu verzeichnen, wovon der Vorsitzende zwei Kollegen in der Versammlung begrüßen konnte. Einige Fragen unter „Verschiedenem“ und ein nachfolgendes gemühtliches Beisammeln beschloffen den schön verlaufenen Abend. — Am Sonntag, dem 4. Dezember, konnten die hiesigen Korrektoren mit ihren Angehörigen das neuerbaute, mit den modernsten Hilfsmitteln für die Krankenfürsorge ausgestattete Krankenhaus des Deutschen Caritasinstituts unter Führung eines Arztes besichtigen. Diese Besichtigung hinterließ bei allen einen nachhaltigen Eindruck.

**Königsberg i. Pr.** In unfer V e r s a m m l u n g am 27. November mußten, nachdem Vorsitzender O t t o H u b e den Kollegen mehrere neuangelernte Jungbuchdrucker vorgestellt hatte, auf Antrag des Ortsvereinsvorstandes vier Kollegen wegen Nichterfüllung ihrer Pflichten dem Verband gegenüber ausgeschlossen werden. Sodann hielt Kollege G e r h a r d B i r n b a u einen Vortrag „Warum Massenarbeitslosigkeit in der ganzen Welt?“ In einfindigen Ausführungen zeigte er die Schuld an dieser Krise auf. Sie wäre die Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, besser gesagt „Wirtschaftsordnung“. Im Jahr 1914 hatten wir 14 000 Arbeitslose, 1918 schon

380 000, bis heute ist die Arbeitslosigkeit in die Millionen gestiegen. Nicht das „System“ trägt in Deutschland die Schuld, sondern die planlose Wirtschaft des Kapitalismus, der Krieg, die Verhinderung der Technik auf der ganzen Erde, die unsinnige Rationalisierung und die zusammengeknurrte Verbrauchsmöglichkeit infolge des Abbaues der Löhne und Gehälter. Nur Einführung der Planwirtschaft, wie sie der I.D.G.B. auf sein Programm gesetzt hat, Verfüzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich kann diese Krise lösen. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. In der Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten noch den Dank der Versammlung ausgesprochen und der letzte Punkt mit internen Angelegenheiten seine Erhebung gefunden hatte, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Bad Kreuznach.** Zu der am 4. Dezember einberufenen Versammlung war eine überaus stattliche Anzahl Kollegen erschienen. Vorsitzender Lung begründete das lange hinausziehen der fälligen Monatsversammlung damit, daß Kollege Eisner (Koblenz) nicht erscheinen konnte. Es folgte als Hauptpunkt der Tagesordnung die Beschlußfassung über den Antrag der arbeitslosen Kollegen wegen einer Weihnachtsbeihilfe. Nachdem Kassierer Seemann die Kassenerhältnisse harregelt hatte, folgte eine längere Aussprache, an der sich mehrere Redner beteiligten. Aus allen Reden klang es durch, daß es eine unbedingte Ehrenpflicht sei, den arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren, und nach längerer Aussprache wurde beschlossen, den gleichen Betrag, wie er von der Organisation bewilligt ist, auch hier unsern arbeitslosen Kollegen aus der Ortskasse zu bewilligen, um ihnen wenigstens für einige Tage eine kleine Freude zu bereiten. Einige Kollegen wollten den Betrag noch höher bemessen wissen, aber in Anbetracht unserer Kassenerhältnisse war das nicht möglich. Unserm Kassierer wurde die Zulage gemacht, eventuell die Frage einer Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags zur Beratung zu stellen, damit die Kasse wieder gestärkt werde. Für die Beihilfe kommen 24 Kollegen in Betracht. Die Verhältnisse im Gewerbe werden immer schlechter, einige Betriebe arbeiten verkrüppelt und seit einigen Wochen wurde hier eine Druckerei ganz geschlossen, und zwar ein seit über 100 Jahren bestehendes Zentrumorgan. Von etwas über 50 Mitgliedern des Ortsvereins sind 24 arbeitslos und davon die meisten schon ausgeheuert.

**ws. Wiegitz.** Unsere von 107 Kollegen besuchte Versammlung am 3. Dezember nahm u. a. einen kurzen Bericht des Vorsitzenden über die Abrechnung der Verbandskasse vom dritten Quartal entgegen. Der Geworbestand hat die Ausschüsse dreier Kollegen bestätigt. Gewerkschaftsangelegter Senft sprach über „Gaschuh und Stellungnahme der Gewerkschaften hierzu“. Wiegitz habe einen ehrgeizigen Polzeiwerkstar, der auf diesem Gebiet durch seine „Tätigkeit“ im Reich aufpassen möchte. So verdrängt er sich den unruhigsten bekannsten ehemaligen Oberaufnahm Kobach, der seine Spieltuppe zeitgemäß als Gaschuhtruppe umstellte, auf einige Tage nach hier. Der Referent besetzte sich mit der Anwendung des Gases im Weltkrieg, die Wirkungen dieser „Waffe“ werden heute durch ihre weitere Verwirklichung noch barbarischer sein. Die Opfer des Luftkriegs 1914/18, in Zahlen und biblischen Vergleichen dargestellt, ergeben die Folgerung, daß Kriegsgeschehen und nationale Wraufen einseitige Ablehnung durch die Arbeiterklasse erheischen. Bei den Gaschuhorganisatoren verfolge man absichtlich, daß es einen wirksamen Schutz gegen diese Gefahren nicht gibt. Senft bewiesführte dies im einzelnen noch näher. Zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung gehöre der Krieg. Als Vorbereitend und Zeichen der Kriegsstimmungen sei uns der Gaschuhtruppe eine erste Warnung. In der Aussprache verweise ein Kollege auf Baldwins Rede im Unterhaus über den Gas- und Luftkrieg, die ganz offen die Kriegsform von heute aufzeige: Gas- und Luftangriff gegen das Hinterland und die Produktionsstätten des Gegners und im Gefolge Mord im Großen gegen Frauen, Kinder und Greise. Ablehnende Stimmen wurden auch über den im Referat gestreiften freiwilligen Arbeitsdienst laut, der nur Vorstufe zum Zwangsarbeitsdienst und Militarismus bilde. Bericht von der letzten Ortsauschussung war der nächste Tagesordnungspunkt. Der Ortsauschuss sprach sich gegen den Gaschuhtrummel aus. Die folgende Resolution wurde einstimmig gutgeheißen: „Der Ortsverein Wiegitz im Verband der Deutschen Buchdrucker stellt sich in der Frage des Gaschuhes auf dem Standpunkt des Ortsauschusses Wiegitz des I.D.G.B., der in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 17. November 1932, die von Staats wegen geförderte Organisierung des Gaschuhes bzw. seine Bestrebungen als Mittel zur Erzeugung von Kriegspolizei zur Auslösung neuer Kriege bezeichnet und auffordert, in allen Arbeiterorganisationen in Wort und Schrift entgegenzuwirken. Der Ortsverein Wiegitz im Verband der Deutschen Buchdrucker steht darüber hinaus auf dem Standpunkt, daß die Aktivität der Arbeiterklasse gegen diese Methode der Kriegsvorbereitung aber nur dann wirklich von Wert ist, wenn die Organisationen der Arbeiterklasse den Kampf zur Verhinderung imperialistischer Kriege mit allen und durch alle Mittel organisieren. Nur so kann ein neues Blutbad verhindert werden.“ Unter Punkt „Geldbewilligungen“ wurde die Notwendigkeit der Anschaffung einer Schreibmaschine, die der Orts- und Bezirkskassierer und der Obmann der Sachauschussmitgliedern abwechselnd zur Verfügung haben sollen, anerkannt. Aber mit Recht sprach sich sämtliche Redner in der Aussprache gegen die materielle Belastung nur unsern Ortsvereins für die Erfüllung der Aufgaben des Sachauschusses (Wiegitz ist Vorort des gesamten Regierungsbezirks aus). Dem Vorstand wurde aufgetragen, den Gau und die Bezirke Hirschberg, Götlich und Glogau unbedingt um Zuschüsse nachzusuchen. Bei Ablehnung sei man gern bereit, diese Arbeit anderen Händen zu übergeben. Beschlüsse wurde ferner eine Weihnachts-Ortszuwendung an unsere arbeitslosen (52 an der Zahl) und inaktiven Kollegen und an einige bedürftige Witwen von Kollegen. Außerdem wurde dem Gesangsverein „Gutenberg“ zur Weihnachtsfeier für die Kollegenkinder und an Wohlfahrtsorganisationen der Arbeiterklasse eine Summe in verschiedener Aufstellung überwiesen. Weitere örtliche Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

**Nürnberg. (Handseher.)** Am 2. Dezember fand unsere Versammlung statt. Als Referenten hatten wir Herrn Dr. Hans Schmidt (Spracher der Freireichsglöden Gemeinde Nürnberg). Sein Thema „Weihnachtsbeihilfen“ fand beifällige Aufnahme. Daß die weisen Menschen auf diesem Gebiet eher Kinder bleiben, zeigt das phantastisch ausgeführte Weihnachtsfest. Durch die Sonnenfeier wird der Sieg der Sonne über den Winter fundat. Das Weihnachtsfest ist ein Fest der Lichtgötter. Der Redner bekam Dank und wurde gebeten, noch einen solchen aufklärerischen Vortrag bei uns zu halten. Als zweiter Tagesordnungspunkt kamen die Mitteilungen und die Verhandlungen auf A des Tarifs, über die uns der „Korr.“ und der „Handseher“ auf dem laufenden hält, zur Kenntnisnahme. Aus der Tätigkeit der Zentralkommission, vor allem über die Werbewege für Handseher, wurde Mitteilung gemacht. — Am 20. November fand eine Besichtigung der hiesigen Gefangenenanstalt statt, die mit Verdrigung aufgenommen wurde.

**Osnabrück. (Handseher.)** Unsere Vereinigung hielt am 26. November ihre Quartalsversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Nach einem Bericht des Vorsitzenden über die Werbewege, die mit einem erfreulichen Mitgliederzuwachs (10 Proz.) ihren Abschluß fand, erstattete der Kassierer den Kassenerbericht. Sodann referierte Kollege Hügel über „Die Bedeutung der Aufgabe A für den Handseher“. Der Referent verstand es, Auffassung zu schaffen. Im Hand von Beispielen bewies wie wichtig dieser Teil für uns Handseher ist. Die einzelnen Paragraphen erläuterte, forderte er die Kollegen auf, sich dieser Materie mehr als bisher zu widmen. Der Beifall und die Aussprache am Schluß des Referats zeigten, daß dieses mit Interesse aufgenommen und verstanden worden war. Ein Antrag, den arbeitslosen verheirateten Mitgliedern 5 M. und den ledigen 3 M. als Weihnachtsunterstützung zu bewilligen, wurde angenommen.

**Osnabrück. (Majhincseher.)** Zu unserer Versammlung am 11. Dezember hatte es sich Vorsitzender Seemann zur Aufgabe gestellt, die Geschicke im verflochtenen Jahr Neuere passieren zu lassen. Durch den Hagel der Notverordnungen der Präsidialregierung, die auf das deutsche Volk, insbesondere das werktätige, notverordnet wurden, seien stark die Gewerkschaften in Mitleidenhaft gezogen. Es hat sich gezeigt, daß Deutschland für die Errichtung jeglicher Diktaturgewalt nicht reif ist. Neuerdings sei eine „Umformung“ vor sich gegangen, die hoffentlich dem Papenturs Vales folg. Insbesondere für uns Buchdrucker erwache hier die notwendige Wilscht, sich auch in politischer Hinsicht ein festes Urteil zu bilden und die Partei zu unterstützen, die nachdrücklich für unsere gewerkschaftlichen Forderungen eintritt. Entschend sei es und einfach nicht auf eine Formel zu bringen, wenn Kollegen Sympathie für den Faschismus erwecken. Die Richtlinien des I.D.G.B., von unserm Verbandsvorstand gutgeheißen, seien für uns Buchdrucker nur die einzig und allein maßgebenden. Darüber hinaus hätte sich jeder Kollege mit einer regionalen Änderung unserer Arbeitszeit vertraut zu machen im Interesse unserer Arbeitslosen. Die Aussprache verlief im Sinn des Vortragenden, so daß auf das Schlußwort verzichtet wurde. Die Arbeitslosen erhielten vom Gau und Ort zu Weihnachten eine „Beihilfe“. Die Schlußjahreswunderbeilte mit ihnen fand auch bei uns herberisch Ausbruch. — Am 30. Generalversammlung, die Ende Januar stattfindet, soll im schlichten Rahmen gedacht werden.

**gz. Schleswig.** Unsere Versammlung hatte einen nur mäßigen Besuch zu verzeichnen, im Gegensatz zu der vorletzten Versammlung. Eingangs wurde eine Reihe von Eingängen und Mitteilungen zur Kenntnis genommen, die teils örtlichen, teils allgemeinen Verbandscharakter hatten. Der Kassierer, in Vertretung des Kassierers von Vorhörden G. Bötters gegeben, hielt sich in dem üblichen Rahmen. Vemerzenswert dürfte sein, daß rund ein Drittel von der gesamten Kollegenchaft arbeitslos auf der Straße liegt, trotz der großzügigen „Anurbelung der Wirtschaft“, daß sich die Zahl der Arbeitslosen um Weihnachten und Neujahr herum wahrscheinlich noch um einige Kollegen vermehren wird, und daß ein Teil der jetzt noch in Arbeit stehenden Kollegen seit langem schon verkrüppelt arbeitet. Die Weihnachtsbeihilfe für unsere arbeitslosen und inaktiven Kollegen soll auch in diesem Jahr in Form von Weihnachtspaketen mit Naturalien durchgeführt werden. Die noch vor zwei Jahren bei dieser Weihnachtsbeihilfe mit einbezogenen Kollegewitwen können leider auch in diesem Jahr nicht berücksichtigt werden, die meisten Zeiterhältnisse und die große Not in den Reihen der eignen Kollegen hat hier notgedrungen zu diesem Schritt gezwungen. Das Ergebnis der zwei bisherigen Sammlungen hat gezeigt, zumal auch vom Gau feinerlei Unterstützung gewährt werden kann, daß in dem größten Teil der Kollegenchaft noch ein gut Teil Opfermut und Opfergeist steckt. Andererseits wurde aber sehr richtig bemerkt, daß einige Kollegen, die noch nie das harte Los der Arbeitslosigkeit am eignen Leib erfahren haben, ruhig etwas mehr Idealismus und Mitleidenfinden an den Tag hätten legen und ihre ableitige Stellung wenigstens bei solchen Anlässen verlassen können. Aus der Ortskasse wurde ebenfalls noch ein namhafter Betrag für die Weihnachtsbeihilfe bewilligt. Im übrigen zeigte die in einheitlicher Linie durchgeführte Aussprache, daß man ganz besonders in diesem Jahr von der unbedingten Notwendigkeit der eingeleiteten Fiskalfaktion überzeugt war. Die Wahl einer besonderen Kommission lehnte man ab, der Vorstand solle, wie seit Jahren schon, auch jetzt wieder diese Arbeiten übernehmen. Da der ordnungsmäßig gewählte Delegierte zum Ortsauschuss schon wiederholt die Sitzungen nicht besuchte, mußte auch diesmal von Vorstandseite ein Vertreter entsandt werden. Der Bericht hielt sich im üblichen Rahmen und behandelte vorwiegend örtliche Angelegenheiten. Betreffs Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Verwaltungsausschusses der Ortskassentafel wurden von der Versammlung zwei Kollegen vorgeschlagen, die die Wahl annahmen. Der bisherige langjährige Vertreter hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Nach Erledigung weiterer kleinerer Angelegenheiten war die Versammlung beendet.

**Stralsund. (Werte [ ] ahrsbericht.)** In unserer Versammlung am 22. Oktober hielt der Vorsitzende zunächst zwei ausgelagerte Kollegen mit ermahnenden Worten in unsern Reihen willkommen. Der Kassenerbericht über das

dritte Quartal wurde erstattet und die Höhe des Ortsauschusses für Durchgehende neu festgelegt. Nachdem mehrere Kollegen wegen Reisen bzw. statutenwidrigen Verfalls zum Anschluß gestellt wurden, Wegen dauernder Unzuträglichkeiten wurde als neues Verzechrslokal die Herberge „Zur Heimat“ (Weststraße) bestimmt. Zum Schluß hielt der Kartelldelegierte ein instruktives Referat über den freiwilligen Arbeitsdienst. — In der Versammlung am 26. November war ein Drittel der Mitglieder anwesend. Eine ganze Anzahl geschäftlicher Mitteilungen gelangte zur Bekanntgabe und Erledigung. Es wurde eine Weihnachtsbeihilfe für Arbeitslose und Inaktiven beschlossen und hierzu die Hälfte des Ortsvereinsbestandes zur Verfügung gestellt. Ferner wurden die Kosten für einen Kursus der Lehrlingsabteilung bewilligt. Es folgte eine Besprechung der kürzlich aufgenommenen Statistik des Verbandes sowie eine Würdigung der Unterstützungstätigkeit unserer Organisation an Hand der Zahlen des Jahresberichts. Zum Thema Beitragsfrage wurde auf die Nachfrage einer gestellten Beitragszahlung hingewiesen. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Teilnehmer noch zu einem anregenden Feiernabshoppen.

**Ruppertal.** Am 3. Dezember fand im hiesigen Gewerkschaftshaus eine 6.ombinierte Versammlung der Ortsvereine Barmen und Eberfeld statt, die Beschlüsse fassen sollte über die am 1. Januar 1933 zu vollziehende Verschmelzung der beiden Ortsvereine zum Ortsverein Ruppertal. Kollege Bellingrat h eröffnete die von 250 Kollegen besuchte Versammlung und gab unter „Geschäftliches“ ein Zirkular des Geworbestandes bekannt, wies auf das Preisauschreiben zur Erlangung neuer Geschäftsdruckfächer für den neuen Orts- und Bezirksverein hin und dankte für das bei der Bewerberwahl ihm ausgedrückte Vertrauen. Es wurde dann eine Aufnahme einstimmig vollzogen. Der dann folgende Tagesordnungspunkt „Verschmelzung der Ortsvereine Barmen und Eberfeld zum Ortsverein Ruppertal“ fand dadurch schnelle Erledigung, daß der Verschmelzungsbetrag einstimmig zugestimmt wurde. Bei dem dann folgenden Punkt „Wahlen“ wurde die Reibelt schon größer, um bei der Beratung der Vorstandsentscheidung bis ins Gigantische zu wachsen. Zum Vorsitzenden wurde der bisherige Erbsfelder Orts- und Bezirksvorsitzende, Kollege Sulius Weber, einstimmig gewählt. Zu Stellvertretern gingen die Kollegen Heuft (Eberfeld) und Winkler (Barmen) einstimmig aus der Wahl hervor. Für das Amt des Schriftführers waren fünf Vorkandidaten eingegangen. Die dadurch sich erforderliche machende Zettelwahl bestimmte Kollegen Ruppert (Barmen) mit 186 Stimmen für dieses Amt, während Kollege W. B. E. (Eberfeld) mit 183 Stimmen das Amt des Bezirksleiters anvertraut wurde. Den Rat des unverswiltlich schneidenden Kollegen P. e. s., der eine mehr als 40jährige Funktionstätigkeit (davon 34 Jahre als Kassierer) aufzuweisen hat, möchte man auch in dem neuen Vorstand nicht entbehren, und deshalb wählte ihn die Versammlung einstimmig zum Beisitzer. Mit der Stimme des zum Verwalter gewählten Kollegen Bellingrat umfaßt der neue Vorstand sieben Personen. In Entscheidung wurden dem Vorsitzenden 75 M., dem Schriftführer 25 M. pro Quartal bewilligt. Für die Vorstandsbeschlüsse beträgt die Entscheidung 150 M. An Beitrag werden laut Beschluß ab 1. Januar für den neuen Ortsverein 2,80 M. (ohne Extrabeitrag) erhoben. Über den Arbeitsnachweisverwalter soll eine Buchdruckerversammlung im Januar beschließen. Kollege Bellingrat machte schließlich noch einige Ausführungen über den Geschäftsverkehr im neuen Büro ab 1. Januar.

### Allgemeine Rundschau

**Internationale Uebersetzungsbibliographie.** Seit Anfang 1932 wird als „Index translationum“ in Vierteljahrsheften vom Institut International de Cooperation Intellectuelle in Paris eine internationale Uebersetzungsbibliographie über die in Deutschland, England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Frankreich, Italien und Spanien aus dem Deutschen, Englischen, Französischen, Italienischen und Spanischen ueberfuehren und erschienenen Werken herausgegeben. Mit dieser neuen Bibliographie ging ein Wunsch der Wörterstundskommission für geistige Zusammenarbeit, den Pen-Clubs, des Internationalen Berlegerkongresses und mancher Teile der übrigen literarischen und bibliographischen Welt in Erfüllung. Es wäre nur noch zu wünschen, daß sich aus dieser zunächst auf fünf Sprachen beschränkten Bibliographie allmählich eine Weltbibliographie entwickeln würde, da ja zu erwarten ist, daß nach dem Ausstoben aller englischsprachigen Chauwinisten und Nutzarlisten ein etwas lebhafterer Aufschwung im Austausch der Literaturen zwischen den Kulturländern eintreten wird. Bedauerlich ist, daß Ruhland immer noch nicht der „Berner Konvention zum internationalen Schutz des geistigen Eigentums“ angeschlossen ist und vorläufig als gefährlicher Literaturfreibeuter unangenehm in der Erscheinung tritt. Wurden doch allein schon rund 2000 ueberfuehrt Bücher innerhals von fünf Jahren in Ruhland ueberfuehrt, ohne daß die deutschen Autoren, abgesehen von einigen Ausnahmen, ein Honorar bekommen hätten. Ludwig Schöndorf veröffentlichte kürzlich aus dem ersten Vierteljahrsheft des „Index translationum“ im „Vörsenblatt für den deutschen Buchhandel“ einige Statistiken und Einzelzahlen, die ein anschauliches Bild über die gegenwärtig, selber noch unzureichenden geistigen Beziehungen zwischen den wichtigsten Kulturländern gewähren, soweit die Uebersetzungsliteratur dazu beiträgt. Diese Vierteljahrsuebersicht erfaßte 762 Autoren mit 915 Werken. Die meisten Uebersetzungen erstellten Edgar Wallace mit 12, Emile Zola und Alexander Dumas d. Ä. mit je 11, Johann Wolfgang von Goethe mit 10, Fedor Michailowitsch Dostojewski mit 9, Vergil und Aristoteles mit je 8 Uebersetzungen in eine oder mehrere der oben erwähnten Sprachen. Von diesen berühmten Autoren lebt keiner mehr, ja sie sind bereits mehr oder weniger klassisch geworden. Von den 915 Werken wurden ins Deutsche 103, ins Spanische 142, ins Amerikanische 108, ins Französische 224, ins Englische 110 und ins Italienische 224 ueberfuehrt. Davon gehörten mehr als 500 zur Gruppe: Ebdne Literatur und Kunst. Die anderen Wissenschaften folgen erst mit erheblichen Abständen. Den Arbeiten des Internationalen Instituts für geistige Zu-

